

## Hochwasserlagen bewältigen

Rechtsgrundlagen - Taktik - Technik - Führung - Kommunikation - Information und Schutz der Bevölkerung

Bearbeitet von  
Christof Linde, Matthias Strott

2014 2014. Taschenbuch. 110 S. Paperback

ISBN 978 3 609 69346 0

Format (B x L): 14,8 x 19 cm

Gewicht: 158 g

[Wirtschaft > Verwaltungspraxis > Feuerwehr, Katastrophen- und Zivilschutz](#)

Zu [Inhaltsverzeichnis](#)

schnell und portofrei erhältlich bei



Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

### 4.2.2 Einsatz ziviler Hilfskräfte

Das System der staatlichen Notfallvorsorge basiert auf einer Unterstützung der Selbsthilfe der Bevölkerung. Das bedeutet, dass dort, wo der Einzelne oder die Allgemeinheit sich selbst helfen können, sie dies auch wahrnehmen sollen. Die Einheiten und Einrichtungen des Katastrophenschutzes des Bundes und der Länder ergänzen mit ihren Maßnahmen lediglich die im öffentlichen Interesse gebotenen Maßnahmen.



**Abbildung 32:**  
Selbsthilfemaßnahmen  
der Bevölkerung:  
Sicherung des Objektes  
(Quelle: Verfasser)

Schadenereignisse, wie die Hochwasserkatastrophen an Elbe, Donau oder Oder, bedürfen zur effektiven Gefahrenabwehr eines enormen Kräfte- und Mittelpotenzials. Ursachen hierfür sind die Durchführung sehr kräftezehrender Sicherungsmaßnahmen gegen weitere Schäden oder zusätzliche Gefahren sowie eine Anhäufung weiterer umfangreicher Einsatzmaßnahmen. Diese Aufgabe erfordert auch die Mitwirkung der Zivilbevölkerung. Zwar hat eine Katastrophenschutzbehörde nach ihrem Katastrophenschutzgesetz die Möglichkeit der Zwangsverpflichtung (Einschränkung von Grundrechten) oder zur Heranziehung zu Hilfeleistungspflichten, allerdings zeigten die letzten Hochwasserkatastrophen der Jahre 1997, 2002 und 2013, dass es innerhalb der Bevölkerung durchaus einen großen Willen zur Hilfeleistung gibt und damit staatliche Reglementierungen lediglich eine Ultima Ratio darstellen werden. Tausende von freiwilligen Helfern – Privatpersonen, Studenten oder